

+ 82

Stephan Tobler  
SVP-Fraktion  
Bahnhofstrasse 69 b  
9315 Neukirch-Egnach

Pascal Schmid  
SVP-Fraktion  
Postfach 44  
8570 Weinfelden

EINGANG GR 1. Okt. 2018		
GRG Nr.	16	IN 36
		278

Gottfried Möckli  
SVP-Fraktion  
Gemeindehausstr. 22  
8254 Basadingen

## Interpellation

### „Handlungsbedarf bei der Polizei?“

In der Schweiz fehlen gemäss Einschätzung des Verbands der Schweizerischen Polizei-Beamten (VSPB) gegen 7000 Polizisten. Und die Polizeiarbeit wird immer schwieriger. Verbale und tätliche Angriffe im Dienst, immer anspruchsvollere Einsätze und strafprozessual bedingte Mehrarbeiten prägen den Polizeialltag.

Der Regierungsrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Werden die aktuellen Polizeistrukturen der aktuellen Kriminalitätsentwicklung noch gerecht?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat den Bestand des Polizeikorps im Vergleich mit ähnlichen kantonalen Korps?
3. Wie kann die Polizeipräsenz in den Städten, Dörfern und Quartieren erhöht werden?
4. Wie viele Strafanzeigen wegen Gewalt und Drohung gegen Polizisten (Art. 285 StGB) gingen in den letzten fünf Jahren ein? Wie viele Verurteilungen resultierten daraus? In wie vielen Fällen wurden Freiheitsstrafen ausgesprochen?
5. Was wird gegen die starke Zunahme von Gewalt und Drohungen gegen Polizistinnen und Polizisten unternommen?
6. Kann die persönliche Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten mit neuen technischen Mitteln erhöht werden?
7. Was unternimmt der Regierungsrat darüber hinaus, um der Polizei in der Öffentlichkeit den Rücken zu stärken?

## Begründung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei- und Sicherheitsbehörden sind heute um einiges mehr gefordert als noch vor ein paar Jahren. Sie müssen bei Einsätzen im Dienst ständig mit gewalttätigen Angriffen (unbewaffnet oder bewaffnet) rechnen sowie auf diese vorbereitet sein. Die Zahl der Fälle, in denen Polizistinnen oder Polizisten bedroht oder angegriffen werden, steigt in der Schweiz seit Jahren: von 774 im Jahr 2000 auf 3102 im Jahr 2017 (Thurgauer Zeitung, 10. September 2018). Das ist erschreckend und nicht zu tolerieren.

Was die Sache für die Polizistinnen und Polizisten noch unerträglicher macht: Geahndet werden die Übergriffe in den meisten Fällen nur mit (oft bedingten) Geldstrafen. So titelte die Sonntagszeitung am 23. September 2018: "Wer Polizisten schlägt, muss nicht ins